

## **Postulat Räber Franz und Mit. über die Veränderung des Verteilschlüssels bei der OECD-Ergänzungssteuer auf Bundesebene**

eröffnet am 27. Januar 2025

Der Regierungsrat wird beauftragt, als Reaktion des Kantons Luzern auf die in der Finanzkommission des Ständerates diskutierte Änderung des Verteilschlüssels der OECD-Ergänzungssteuer Massnahmen zu ergreifen. Einige Kantone haben bereits reagiert, und nun ist auch der Kanton Zug aktiv geworden und hat Massnahmen angekündigt. Dasselbe fordern wir vom Kanton Luzern, da sonst im verabschiedeten Aufgaben- und Finanzplan 2025–2028 pro Jahr bis zu rund 130 Millionen Franken fehlen würden.

### Begründung:

Die Finanzkommission des Ständerates schlug im November 2024 eine Anpassung des Verteilschlüssels für die Mittel aus der OECD-Ergänzungssteuer von 75/25 auf 50/50 vor. Diese Anpassung soll dazu dienen, das Armeebudget zu erhöhen. Die Mehrheit der Finanzkommission begründete den Griff in die Kantonskassen mit der veränderten sicherheits- und finanzpolitischen Lage sowie der Notwendigkeit, die Landesverteidigung zu stärken. Falls diese Veränderung der Auszahlung wie angekündigt im Frühling in Bern beschlossen werden sollte, muss der Kanton Luzern rechtzeitig notwendige Korrekturen vornehmen. Auf Bundesebene wird davon gesprochen, dass weitere Entscheide bereits in der Frühjahrssession fallen könnten. Wir finden es deshalb sehr dringlich, dass die Regierung des Kantons Luzern sofort aktiv wird.

Die Kantone Genf, Neuenburg, Schaffhausen, Waadt und Basel-Stadt haben bereits ihren Gewinnsteuersatz erhöht, um die Ergänzungssteuer und damit den Bundesanteil so tief wie möglich halten zu können. Nun hat auch die Regierung des Kantons Zug Ende Dezember mitgeteilt, dass sie auf die unerwartete Änderung der Spielregeln während des laufenden Prozesses auf Bundesebene mit einer kantonalen Gewinnsteuer, welche anstelle der Ergänzungssteuer des Bundes in Kraft treten würde, reagieren will. Dies zeigt, dass im Moment jeder Kanton für sich seinen eigenen Weg sucht oder zum Teil bereits fixiert hat.

Laut der Luzerner Zeitung vom 20. Dezember 2024 ist die Regierung daran, ähnliche Überlegungen wie der Kanton Zug anzustellen. Aus unserer Sicht ist es wichtig, dass die Gemeinden und die Wirtschaft entsprechend frühzeitig über die geplanten Massnahmen und die zu erwartenden Auswirkungen informiert werden. Wir sind überzeugt, dass auch der Kanton Luzern nun sofort reagieren muss, um dem drohenden Geldabfluss Einhalt bieten zu können. Die für die nächsten Jahre geplanten Standortförderungsmassnahmen und weitere bereits geplante Ausgaben können sonst nicht finanziert werden und sind in Gefahr.

*Räber Franz*

Piazza Daniel, Dubach Georg, Nussbaum Adrian, Lüthold Angela, Cozzio Mario, Bärtschi Andreas, Frank Reto, Huser Claudia, Scherer Heidi, Birrer Martin, Boos-Braun Sibylle, Meier Thomas, Koller-Felder Nadine, Gut-Rogger Ramona, Tanner Beat, Hauser Patrick, Hauser Michael, Hunkeler Damian, Beck Ronny, Forster Eva, Marti André, Theiler Jacqueline, Amrein Ruedi, Arnold Sarah, Bucher Philipp